

(Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

- (A) Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 04** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/4504**. Wer dieser **Beschlußempfehlung** folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es **Stimmhaltungen**? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die **Beschlußempfehlung** mit den Stimmen der **Koalitionsfraktionen** gegen die Stimmen der **CDU-Fraktion** **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01: Landtag

Ich weise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 12/4501** sowie den **Änderungsantrag** der **Fraktion der CDU Drucksache 12/4555** hin.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile für die **CDU-Fraktion** **Frau Kollegin Hüls** das Wort.

Otti Hüls (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im Rahmen der zweiten **Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz 2000** hat die **Landesregierung im Einzelplan 01** die **Hebung einer B-2-Stelle nach B 4** vorgeschlagen. Die **rot-grünen Koalitionsmitglieder** haben im **Haushalts- und Finanzausschuß** dieser **Anhebung** zugestimmt.

Die **Stellenhebung** ist zur **Beförderung des Leiters des Präsidialbüros** vorgesehen. Nach unserer Meinung ist die **Wertigkeit dieser Stelle mit B 2** völlig ausreichend ausgestattet.

(Beifall bei der CDU)

Sie entspricht im übrigen der **Eingruppierung der persönlichen Referenten** in allen **Landesministerien** - mit Ausnahme der **Staatskanzlei** und des **stellvertretenden Ministerpräsidenten**.

Die **Hebung der Stelle des Leiters des Präsidialbüros** war nie **Gegenstand einer Diskussion im Präsidium** und ist am **Präsidium vorbei** erfolgt. Zur **Aufgabenwahrnehmung** hat der **Leiter des Präsidentenbüros** vier **Mitarbeiter zur Verfügung** sowie zwei **zusätzliche Sachbearbeiter im Organisationsreferat**, das er derzeit **kommisarisches** leitet.

Meine Damen und Herren, zum **Vergleich**: Nach **Besoldungsgruppe B 4** wird in der **Landtagsver-**

waltung ein **Geschäftsbereichsleiter** besoldet. Dieser hat aber auch über **100 Mitarbeiter** zu führen. Wir halten eine **Besoldung des Leiters des Präsidialbüros nach B 4** - im Range eines **Leitenden Ministerialrats** - für **völlig überzogen**.

Ich stelle noch einmal fest, daß diese **Stellenhebung** mit dem **Präsidium** nicht abgestimmt worden ist. Mit ihrem **Änderungsantrag** will die **CDU-Fraktion** erreichen, daß die **Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe B 4** von **2 auf 1** reduziert wird und damit der **derzeitige Stand** beibehalten wird.

Der **Erhöhung der Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe B 2** von **12 auf 13** stimmen wir zu.

Meine Damen und Herren von der **SPD** und von den **GRÜNEN**, wir bitten um **Zustimmung zu unserem Änderungsantrag**.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die **SPD-Fraktion** hat **Kollegin Walsken** das Wort. Bitte schön!

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Hüls von der **CDU-Fraktion**, ich bin **erstaunt**, daß der **ganze Einzelplan 01** in dem **Debattenbeitrag** offensichtlich für die **CDU-Fraktion** nicht mehr **Bedeutung** hat als die **Frage, ob eine Stellenhebung im Bereich der Ergänzungsvorlage** richtig ist oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich finde das **bedauerlich**, ich finde das **schade**. Ich glaube, es ist auch **insgesamt der Bedeutung des Parlaments** und dem **Haushaltsplan 01** nicht angemessen.

Lassen Sie mich zu der **Frage B 4** zwei **Anmerkungen** machen, **Frau Kollegin!** Einmal - und das müssen wir zum **Vergleich** auch einmal **genau recherchieren** - ist es **durchaus so**, daß im **Bereich der Landesregierung** eine **ganze Reihe** **Leiter von Ministerialbüros** entsprechend **besoldet** werden. Ich darf noch einmal **darauf verweisen** - ich habe es im **Haushalts- und Finanzausschuß** bereits getan -: das **Wirtschaftsministerium**, das **Ministerium für Bauen und Wohnen**, das **Ministerium für Schule und Weiterbildung**, **Wissenschaft** und **For-**

(C)

(B)

(D)

(Gisela Walsken [SPD])

(A) schung, das Innenministerium, und auch das Büro des Ministerpräsidenten ist entsprechend besoldet.

Ein zweiter Punkt, den Sie auch einmal ganz sachlich sehen sollten: Wenn wir uns die Relation von Führungsstellen zu Referatsleiterstellen anschauen, sind wir im Vergleich zur Landesregierung, auch wenn wir heute diese beiden Stellenhebungen beschließen, noch deutlich unterhalb der Relation der Landesregierung, nämlich 1 : 5 gegenüber 1 : 3. Auch das muß hier dazu gesagt werden, wenn Sie diese Situation kritisch sehen.

Was Sie überhaupt nicht angesprochen haben, ist, daß das ganze Paket haushaltswirtschaftlich neutral gefahren wird. Das heißt: Es wurde eine Stelle abgesetzt, die in ihrer Wertigkeit sehr viel mehr für den Landeshaushalt bringt als beide Stellenhebungen, die Sie hier angesprochen haben, zusammen. Ich finde, auch das gehört zur Klarheit und zur Darstellung der gesamten Situation dazu.

(B) Nun noch ein Wort zur Beteiligung des Präsidiums! Das Präsidium des Landtags ist - in § 12 der Geschäftsordnung nachzulesen - sehr wohl zu beteiligen beim Voranschlag für den Haushaltsplan. Das heißt: Wir im Präsidium beraten den Haushaltsplanentwurf, bevor er dem Kabinett vorgelegt wird und uns im Landtag wiederum als Entwurf der Landesregierung erreicht. Es gibt danach nach § 12 der Geschäftsordnung keinerlei Notwendigkeit mehr, das Präsidium am Haushaltsplanverfahren zu beteiligen. Das ist in der Geschäftsordnung so dargestellt und ist auch in der Vergangenheit immer so praktiziert worden. Deshalb brauchen wir hier nicht den Eindruck zu erwecken, es handele sich um eine besonders schwierige und ausnahmsweise hier vorgelegte Maßnahme.

Es ist so, daß es bei Änderungen im Einzelplan 01 nach Einbringung unseres Haushalts durch das Präsidium zwei Verfahrenswege gibt. Der eine: Der Präsident empfiehlt dem Ausschuß Änderungen. Der zweite: Der Präsident bittet das Finanzministerium, die Änderung in die Ergänzungsvorlage aufzunehmen. Genau das ist hier in diesem Fall geschehen. Insofern ist es nichts Außergewöhnliches, kein Verstoß gegen die Beteiligung des Präsidiums und aus meiner Sicht auch eine Maßnahme, die durchaus auch bei anderen Situationen - ich erinnere nur an die Einsetzung von Mitteln für den PUA III - gewählt worden ist und

von daher auch nicht im besonderen zu erwähnen ist. (C)

Meine Damen und Herren, mir ist es wichtig, noch einige Punkte aus dem Einzelplan 01 darzustellen. Denn das ist ein Haushalt mit einem Volumen von immerhin 161 Millionen DM, der leider für das kommende Jahr ein Erhöhungspotential von 8,5 % hat. Die Mehrausgaben sind allerdings durch drei Dinge begründet. Einmal werden wir den Wechsel der Wahlperiode und von daher für zwei Monate die Übergangssituation zwischen alten und neuen Abgeordneten haben. Wir werden Übergangsgelder einstellen müssen, und wir müssen auch berücksichtigen, daß das Personal im Bereich der Landtagsverwaltung mehr verdienen wird.

Zur Situation im Personalhaushalt! Wir unterstellen, daß wir in der nächsten Wahlperiode ein Parlament von 221 Abgeordnete haben werden, Überhang- und Ausgleichsmandate eingerechnet. Das heißt, daß wir für den Haushalt 2000 entsprechende finanzielle Vorkehrungen treffen müssen. Das werden, meine Damen und Herren von der CDU, Mehrbeträge von etwa 7 Millionen DM sein, von denen wir wissen - und das haben wir übrigens im Präsidium einmütig so festgehalten -, daß sie im Jahr 2001 zum großen Teil wieder wegfallen werden. (D)

Noch ein Wort zum Stellenbestand! Wir bauen, wenn auch in kleinen Schritten, seit 1998 das Personal ab. Im Jahr 1998 waren es 330 Stellen. Im Jahr 2000 werden es noch 325 Stellen sein.

Wichtig ist mir auch, den Investitionshaushalt hier noch einmal kurz zu erwähnen, immerhin auch 1,8 Millionen DM. Diese Mittel werden zunächst einmal dafür da sein, auch die neuen Kolleginnen und Kollegen auf den Stand der PC-Technik zu bringen. Das heißt: Wir werden sowohl die Hardware als auch die Software neu ausstatten müssen. Insbesondere werden wir auf das Office-2000-Programm umsteigen müssen. Auch das ist im Präsidium diskutiert worden. Wir werden auch dafür sorgen, daß entsprechend die neuen Kolleginnen und Kollegen eine Ausstattung haben, mit der sie dann im Mai direkt arbeiten können.

Ganz am Schluß ist mir noch persönlich wichtig, ein Augenmerk auf ein rot-grünes Projekt zu richten, das uns sehr am Herzen liegt und das wir auch aus dem Einzelplan 01 finanzieren. Es geht um ein Projekt in den palästinensischen Autono-

(Gisela Walsken [SPD])

(A) miegeboten. Seit 1999 stellen wir da Geld ein, 50.000 DM. Mit diesen Mitteln wurde im vergangenen Jahr eine Baumaßnahme zur Errichtung eines Frauenzentrums in einem Flüchtlingslager - in Ramallah - ermöglicht. Wir haben auch für das nächste Jahr wieder 50.000 DM für ein Projekt in dem problematischen Autonomieraum eingestellt. Es ist noch nicht entschieden, wofür die Mittel vergeben werden. Aber ich bin sicher, daß wir einen geeigneten Zweck finden. Wir decken das übrigens aus dem Titel "Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen", weil wir der Meinung sind, daß da Geld zu sparen ist.

Meine Damen und Herren, das zum Einzelplan 01 aus der Sicht der SPD-Fraktion! Ich würde mich freuen, wenn auch die anderen Fraktionen dem Einzelplan 01 zustimmen könnten. - Danke schön.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Appel das Wort.

(B) **Roland Appel (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ja sonst nicht üblich, daß der Einzelplan 01 entsprechend hier diskutiert wird. Ich denke, wir sollten uns nicht darauf beschränken, nur Kritik zu üben, sondern wir sollten die politisch interessanten Dinge hervorheben. Ich möchte an den Beitrag der Kollegin anknüpfen.

Ich finde es sehr wichtig, und es ist ein politisches Signal, daß es seit längerer Zeit eine deutsch-palästinensische Parlamentariiergruppe gibt und daß im Rahmen dieser Tätigkeit die Projekte in Palästina als ein Beitrag zum Frieden in Nahost, zur Versöhnung, zur Völkerverständigung und auch zur Gleichstellung gerade in diesem Raum, in einem arabischen Land, geleistet werden. Ich möchte an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen dieser deutsch-palästinensischen Parlamentariiergruppe meinen ganz besonderen Dank für diese Tätigkeit aussprechen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Gleichwohl möchte ich zu den hier angesprochenen Personalfragen - ohne auf einzelne Personen einzugehen, weil ich das für nicht fair halten würde - grundsätzlich etwas sagen und der Kollegin

der SPD-Fraktion in einigen Punkten widersprechen. (C)

Ich finde, das muß gesagt werden: Wenn wir uns als Parlament mit der Stellenanhebung beschäftigen, reden wir von unseren ureigensten Angelegenheiten. Für mich als Abgeordneter ist das eine ganz besondere Stunde des Parlaments. Wir reden nicht über einen Haushalt, den ein Ministerium, der Ministerpräsident oder der Finanzminister verausgabt, sondern wir regeln unsere eigenen Angelegenheiten. Das bringt auch eine besondere Verantwortung mit sich.

Aus meinem Selbstverständnis als Parlamentarier muß ich Ihnen sagen, daß das, was Sie hier dargestellt haben, wie der Präsident die Höhergruppierung eingebracht hat, zwar formal korrekt sein mag, aber in diametralem Gegensatz zu dem steht, was ich als Parlamentarier praktizieren möchte. Es kann doch wohl nicht sein, daß wir an dem Punkt, wo wir als Parlament unsere Verhältnisse beraten, den Umweg über die Ergänzungsvorlage des Finanzministers wählen. Entschuldigung, das sage ich jetzt jenseits der notwendigen Abstimmung: Das paßt nicht zu der Art, wie Parlamentarier ihre eigenen Verhältnisse regeln. Wir sind als Parlamentarier für das, was in diesem Verfassungsorgan Landtag geschieht, ganz besonders verantwortlich. Ich finde, dann sollten wir das selbst einbringen. (D)

Dafür hätte es zwei Wege gegeben. Die Kollegin Walsken hat einen nicht genannt. Es hätte die Möglichkeit gegeben, daß der Präsident den Antrag im Ausschuß selbst stellt. Ich glaube, darüber wäre qualifiziert beraten worden. Die zweite Möglichkeit wäre gewesen, daß es einen Änderungsantrag der Fraktionen gegeben hätte. Wir hätten diesen Änderungsantrag interfraktionell beraten und möglicherweise beschließen können. Das ist einfach die andere Möglichkeit. Wir befinden uns im parlamentarischen Verfahren.

Ich habe mich geärgert, als ich diese Ergänzungsvorlage gelesen und gesehen habe, daß der Finanzminister eigentlich stellvertretend für den Landtagspräsidenten etwas einbringt, was wir als Parlamentarier beschließen müssen.

Ich sage Ihnen auch das ganz klar: Uns GRÜNEN ist die Koalition wichtig. Wir werden nicht an diesem Punkt dem Haushalt nicht zustimmen. Aber Sie sehen an der Beteiligung meiner Fraktion, auf welche breite Zustimmung das stößt. Diese Art

(Roland Appel [GRÜNE])

(A) und Weise gefällt uns nicht. Da stimmen wir nicht überein. Das möchte ich hier ganz klar zum Ausdruck bringen. Ich wünsche mir - das werden wir dem Präsidenten auch noch mitteilen -, daß er von der Möglichkeit, die ihm der Haushalt bietet, keinen Gebrauch macht.

Im übrigen muß ich der CDU erwidern: Es ist schon interessant, daß Sie Ihren Änderungsantrag allein auf eine Stellenanhebung beziehen. Es hat natürlich eine zweite Stellenanhebung stattgefunden. Die haben Sie so ganz nonchalant nebenbei mitgenannt. Die paßt Ihnen komischerweise wieder in den Kram. Wenn Sie parlamentarisch ehrlich argumentieren, müssen Sie das für beide Stellen sagen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dann hätten Sie den Antrag so stellen müssen, daß Sie beide Stellen aus der Erhöhung herausnehmen. Deswegen sind Sie an dem Punkt inkonsequent und nicht ehrlich. Sie folgen dem Prinzip der teilweise beleuchteten Bühne. Das gefällt mir nicht. Das ist kein ordentlicher Umgang mit der Sache. Wir hätten uns gewünscht, daß es nicht stattfindet.

(B) Es hat eine Auseinandersetzung um die Arbeit und die Arbeitsweise des ehemaligen Landtagsdirektors gegeben. Darüber haben wir uns alle in bestimmten Situationen geärgert. Ich habe mich auch einmal darüber geärgert, als plötzlich im Hauptausschuß - Herr Hardt und Edgar Moron werden sich sicher noch daran erinnern - einmal ein Antrag auf dem Tisch lag: 60.000 DM für Praktikanten. Er war überschrieben mit den Fraktionen der SPD, der CDU und der GRÜNEN. Wir haben übereinstimmend festgestellt, daß wir den Antrag alle nicht kannten. So kann es auch nicht gehen.

Wir haben in diesem Jahr daraus die Konsequenzen gezogen. Der Präsident hat - das finde ich richtig - den Landtagsdirektor aus guten Gründen suspendiert. Ich möchte nicht, daß, bevor das rechtliche Verfahren ausgestanden ist - ich hoffe, daß der Standpunkt des Landtags bekräftigt wird, daß es sich natürlich um einen politischen Beamten handelt -, durch die Hintertür Fakten geschaffen werden, die in eine ähnliche Richtung gehen. Das war auch eine Verabredung zwischen den Fraktionen.

Deswegen lautet unser Plädoyer als Fraktion an den Präsidenten: Bitte denken Sie über die Sache noch einmal nach. Lassen Sie uns in Zukunft vor allen Dingen wieder als Parlament unsere ureigensten Dinge selbst beschließen. Ich finde, dazu müssen wir stehen. Das können wir machen. Das können wir gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch gut begründen. Das hat auch gute Gründe. Wir sollten es nicht durch das Hintertürchen machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 01.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse erstens über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 12/4555 abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse zweitens abstimmen über den Einzelplan 01 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/4501. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Einzelplan mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 13: Landesrechnungshof

und verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 12/4513. Meine Damen und Herren! Eine Debatte ist hier nicht vorgesehen, so daß wir direkt zur Abstimmung kommen können über den Einzelplan 13 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 12/4513. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.